

„Suffizienz ist ein Konzept für Politik und Planung, nicht für das Individuum“

Anton Brokow-Loga und Katrin Großmann im Gespräch mit Alex Nehmer, Florian Hertweck und Markus Krieger



Material Cultures wurde 2019 von Paloma Gormley, Summer Islam und George Massoud in London gegründet. Die gemeinnützige Organisation verbindet Design, Forschung und Lehre für eine postfossile gebaute Umwelt. Das 2020 in einem Designstudio entwickelte Projekt *Low Carbon City* greift Prinzipien von Ebenezer Howards Gartenstadtmodell auf. Es relokalisiert die Produktion von Architektur aus regenerativen Materialien. Wohnhäuser, Gemeinschaftsgebäude und Fabriken stehen dabei in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander.

Wie können Ökologie und Soziales in den anstehenden Transformationen in Architektur und Stadtplanung zusammengedacht werden statt sie gegeneinander auszuspielen? Wie ist eine nachhaltige und gerechte Stadtentwicklung im Hinblick auf Energie und soziale Ungleichheit zu denken? Und was beinhaltet die Vision einer solidarischen Postwachstumsstadt? Diese Fragen diskutieren im Folgenden der Stadtforscher Anton Brokow-Loga und die Stadt- und Raumsoziologin Katrin Großmann mit dem Gastredakteur Florian Hertweck sowie Markus Krieger und Alex Nehmer von ARCH+.

Alex Nehmer Anton, du forschst zur Postwachstumsstadt. Warum ist es überhaupt wichtig, Städte vom Wachstum zu entkoppeln? Und von welcher Art Wachstum sprechen wir dabei genau?

Anton Brokow-Loga Wenn wir im Postwachstumsdiskurs davon sprechen, Städte vom Wachstum zu entkoppeln, meinen wir in erster Linie das Wirtschaftswachstum. Es geht nicht darum, Städte weniger attraktiv zu machen, damit weniger Menschen in die Stadt ziehen wollen. Aber es bestehen komplexe Verbindungen zwischen ökonomischem und demografischem Wachstum, weswegen sich ein kurzer historischer Ausflug lohnt. Die Vorstellung unendlichen Wirtschaftswachstums ist im Zuge von Industrialisierung, Profitmaximierung und kapitalistischer Akkumulation entstanden – die Zeit der Urbanisierungswellen im Globalen Norden ging also mit einer beispiellosen Expansion der städtischen Ökonomien einher. So hat sich die Vorstellung von kontinuierlichem ökonomischem Wachstum tief in gesellschaftliche Institutionen, und auch in das, was wir als Stadt bezeichnen, eingeschrieben. Ich meine damit nicht nur die beständige Expansion materieller Infrastrukturen wie Straßen und Häuser, sondern auch rechtliche und fiskalische Strukturen. Die Finanzierung von Kommunen in Deutschland etwa hängt an der Konkurrenz um Gewerbesteuerereinnahmen und Einwohner*innen. Stadtverwaltungen und kommunale Unternehmen sind somit Standortwettbewerben unterworfen. Wirtschaftspolitisch werden Gewerbegebiete immer mehr ins Umland ausgeweitet. Auch Wohnflächen vergrößern sich, wobei diese gleichzeitig immer ungleicher unter den Einwohner*innen verteilt sind. Ein weiteres Beispiel betrifft die Mobilitätswende, bei der vergessen wird, dass man eigentlich den Verkehr reduzieren müsste statt nur die Antriebsarten zu wechseln.

All diese Dinge führen zu einer Fortsetzung des Expansionsdrangs und der Wachstumsorientierung. Schon die Vorstellung davon, was eigentlich ein gelingendes Stadtleben sei, ist momentan schwer von ökonomischem Wachstum zu trennen. Auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gilt immer noch das Bruttoinlandsprodukt als ein Hauptindikator für Wohlstand, obwohl er wenig über die tatsächliche Lebensqualität der Menschen aussagt. Doch gegenwärtig wird immer deutlicher, dass

der Wachstumszwang sowohl ökologische Zerstörung als auch soziale Ungerechtigkeit mit sich bringt. Deshalb ist es eine zentrale Frage, wie wir alternative Orientierungswerte, andere Leitbilder schaffen können, die die Sorge um das Gemeinwohl und für ökologische und soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund rücken. Die Entkopplung der Stadtpolitik vom Wachstumszwang kann dabei ein wichtiger Mosaikstein der Transformation sein.

Katrin Großmann Du hast in dieser Aufzählung noch nicht die staatliche Ebene angesprochen. Zentralisierung ist auch durch den Staat und die Verwaltung induziert. Das vom Geografen Walter Christaller entwickelte „System der zentralen Orte“ bestimmt seit 100 Jahren das Denken der Regionalplanung. Es ist eingeschrieben in unsere Deutungsmuster, wie Regionen zu gestalten und zu planen sind. Daraus ergibt sich die Annahme, Infrastruktur gehöre „natürlich“ in die Knoten. Das ist kein Naturgesetz, führt in der Summe der Entscheidungen jedoch zum Wachstum von Kernen und zur Zentralisierung von Verwaltungsressourcen. Gleichzeitig hat das demografische Wachstum von Städten viel mit Deprivation auf dem Land zu tun.

Florian Hertweck Katrin, du hast unter anderem zu schrumpfenden Städten geforscht. Dem Postwachstumskonzept wird oft vorgeworfen, dass es sich im Grunde um Schrumpfung, um eine künstliche Rezession handelt. Wo siehst du den Unterschied zwischen der Postwachstumsstadt und der schrumpfenden Stadt? Gibt es da keine Überschneidungen?

KG Nein, die gibt es tatsächlich nicht. Postwachstum ist eine selbst gewählte normative Orientierung: Menschen wollen sich dabei an anderen gesellschaftlichen Entwicklungsleitbildern orientieren. Schrumpfende Städte haben das selten vorgehabt, im Gegenteil herrscht dort oft eine Sehnsucht nach erneutem Wachstum und Prosperität. Und weil die Res-



Vor dem Hintergrund von Klimakollaps und Biodiversitätsverlust fordert A *Global Moratorium on New Construction* einen entsprechend drastischen Wandel: nicht abreißen, nicht neu bauen, mit dem Vorhandenen arbeiten.

sources schlichtweg fehlen, sind schrumpfende Städte für ihre Akteur*innen nicht gut gestaltbar. Die meisten dieser Kommunen sind so tief in die Schulden gerutscht, dass ihre Handlungsfähigkeit stark limitiert ist und vieles auf ehrenamtliche Schultern abgeladen wird.

FH Es ist also noch nicht gelungen, eine schrumpfende Stadt in eine Postwachstumsstadt zu transformieren?

KG Nein, und das ist auch nicht sinnvoll. Solche Experimente und Innovationen sollte man zuerst von ressourcenstarken Orten fordern. Mit welchem Recht würde man einer Kommune, die an vielen Stellen strauchelt, sagen: „Genieße es doch, es ist so schön zu schrumpfen.“ Postwachstum ist ein Diskurs, getragen von einem urbanen jungen akademischen Milieu, das nicht mehrheitlich in schrumpfenden Städten lebt. Insofern halte ich diese Forderungen für falsch, obwohl es sie tatsächlich gibt.

ABL Ich sehe das genauso, hier ist klar eine Grenze zu ziehen. Die enorm prekarierten Stadtverwaltungen und Räume, in denen wir Schrumpfung beobachten, können auch keine Prototypen für eine Postwachstumsgesellschaft sein. Nichtsdestotrotz gibt es relevante Verbindungen. Beispielsweise Fragen danach, welche Art von Verlangsamung und Reduktion unsere Gesellschaft insgesamt braucht. Doch wir müssen kritisch gegenüber Machtverhältnissen und Ungleichheit an Reduktionsprozesse herangehen. Die Frage, wer anfängt zu handeln – die Großstadt mit großem politischem, kulturellem und ökonomischem Kapital

oder eine schrumpfende Kleinstadt ohne Zugang zu diesen Ressourcen –, ist vergleichbar mit den Debatten, die seit Jahrzehnten bei Weltklimakonferenzen geführt werden: Sind es Schwellen- und Entwicklungsstaaten im Globalen Süden oder die Industriestaaten, die deprivilegiert werden müssen? Bei Postwachstum müssen nicht alle um den gleichen Anteil schrumpfen. Aber wichtig ist auch zu verstehen, dass schrumpfende Kommunen vor allem wegen unseres wachstumsorientierten Hierarchiesystems als defizitär wahrgenommen werden.

Markus Krieger Eine Abgrenzung der Postwachstumsstadt zu anderen Stadtvisionen wie der nachhaltigen Stadt oder der Smart City scheint ebenfalls notwendig.

ABL Die Denkweisen sind im Vergleich zu Postwachstum gänzlich verschieden: Andere Visionen zukünftiger Stadtentwicklung wie die Smart City zielen auf die Steigerung des technischen Potentials von Stadt. Im Mittelpunkt stehen technorientierte Verfahren, die das Leben angenehmer und erträglicher machen sollen. Dabei wird häufig aus einer Perspektive der Effizienz auf städtisches Leben geblickt: Wo kann Personal eingespart werden? Wie können Regelverstöße durch KI vorhergesagt werden? Die Modelle und Algorithmen, die von den Städten adaptiert werden sollen und in die sich die Menschen einfügen müssen, sind jedoch von transnationalen Unternehmen mit spezifischen Eigeninteressen – Daten, Profit, Einfluss – geschaffen. Der Abbau von Diskriminierung und die Herstellung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ wird gar nicht erst angestrebt. Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass die Smart City in erster Linie eine unternehmerische Vision ist: Eine Vision für die Stadt als Unternehmen. Der Unterschied zur holistischen Perspektive der Postwachstumsstadt mit ihren starken Bezugnahmen auf Gemeinwohl, Umverteilung und Konflikt könnte damit kaum größer sein.

Postwachstum bezieht außerdem auch andere Beziehungen ein, etwa zwischen der Stadt und dem, was in der Forschung lange als „Hinterland“ bezeichnet wurde, und auch eine globale und vor allem globalisierungskritische Perspektive, wie sie bei Visionen der Smart City und auch der nachhaltigen Stadtentwicklung häufig fehlt. Kopenhagen beispielsweise, das sich extrem erfolgreich als nachhaltig und insbesondere fahrradfreundlich vermarktet, verschleiert dabei seine indirekten Emissionen. Denn in allen Bilanzierungen der städtischen Verwaltung spielt es kaum eine Rolle, wo und auf wessen Kosten die Gegenstände des täglichen Lebens – von Kleidung bis zu Lebensmitteln – hergestellt werden. Genau dafür brauchen wir eine Postwachstums-Perspektive. Lokale Lösungen sind zwar wichtig, aber wir dürfen uns nicht damit begnügen, nur die Oberfläche schöner und grüner zu machen. Wir müssen auch globale Lieferketten relokalisieren.

FH Was verstehst du unter Relokalisierung?

ABL Einen Prozess der ökonomischen Entflechtung. Der Begriff spielt in der globalisierungskritischen Debatte schon viele Jahrzehnte eine Rolle. Er hätte auch in der Umsetzung der Agenda 21, die 1992 bei der UN-Konferenz in Rio de Janeiro verabschiedet wurde und eine nachhaltige Entwicklung auf ökonomischer, ökologischer und sozialer Ebene zum Ziel hatte, umgesetzt werden sollen. Es ging stattdessen in die Gegenrichtung: Transnationale Unternehmen und Lobbygruppen verfolgten mit aller Macht ihr Interesse, Wertschöpfungsketten über den Wegfall von Einfuhrhemmnissen und Zöllen und die Verflechtung von Wirtschaftsräumen global auszubauen. Die Entwertung jahrhundertalter Beziehungen zwischen Städten und den sie umgebenden Regionen war die Folge.

Das betrifft heute viele Bereiche, zum Beispiel die Ernährung, wo Soja als Viehfutter um die halbe Welt verschifft wird, um den Fleischkonsum in Europa zu befriedigen. Straßenbauvorhaben warten in den derzeitigen Krisen monatelang auf bestimmte Materialien, die aus Preisgründen nur aus einer entfernten Erdregion kommen dürfen – das sind Beispiele, die zeigen, wie dysfunktional dieses System ist. Im Bausektor müsste daher die Entflechtung ein wichtiger Schwerpunkt sein. Relokalisierung bedeutet hier konkret, nur nah verfügbare neue Materialien zu verwenden, im Bestand zu bauen und auch Baustoffe aus rückgebauten Gebäuden zurückzugewinnen. Wenn ein Rohstoff nicht aus der Nähe kommen kann, sollten wir seine Verwendung radikal reduzieren.

Das ist politisch ein schwieriges Unterfangen. Es wäre fatal, wenn eine ökonomische Relokalisierung zu einer politischen Schließung führen würde, zu einer migrationspolitischen, aber auch zu einer identitätspolitischen Schließung. Der freie Fluss von Menschen und der soziale Austausch zwischen ihnen müssen im Vordergrund stehen.

FH Wichtig ist, auch für die Bauwende, was überhaupt unter dem Begriff Stadt verstanden wird. Vor 25 Jahren hat Thomas Sieverts seine Publikation zur Zwischenstadt vorgelegt. Seit jener Zeit hat das Wachstum der Zwischenstädte ja ständig zugenommen. Die Konturen der Postwachstumsstadt zeichnen sich ab. Doch wie lässt sich das Postwachstumsparadigma auf die zwischenstädtische Kondition anwenden?

ABL Die solidarische Postwachstumsstadt ist kein metropolitanes Konzept. Es geht beileibe nicht ausschließlich um Innenstädte, die attraktiv bleiben oder es werden sollen. Es geht um Lebensorte, wovon Klein- und Mittelstädte ein wichtiger Bestandteil sind; mehr als die Hälfte der Deutschen lebt in Orten mit 5.000 bis 100.000 Einwohner*innen. Die Postwachstumsstadt soll insbesondere Antworten für die Lebensrealitäten dieser Menschen suchen.

Doch die expansive Siedlungsstruktur, die mit Zwischenstadt gemeint ist und die immer noch weiter vorangetrieben wird, muss unbedingt auf den Prüfstand. Immer noch werden Gewerbegebiete einstöckig entwickelt und Parkplätze ohne Photovoltaik danebengesetzt. Die Entwicklung geht nur in die Horizontale, weil man immer noch glaubt, oder uns durch unser politökonomisches System suggeriert wird, dass Boden eine unendliche Ressource ist, was natürlich nicht der Fall ist. Ein klarer Weg nach vorne zeichnet sich für mich noch nicht ab. Allerdings sollte ein begrenztes kommunales Flächenkontingent wie das 30-Hektar-Ziel festgesetzt werden, in unserem föderalen System wahrscheinlich über den Umweg der Bundesländer. Über interkommunale Kooperation könnte so eine Flächen-Kreislaufwirtschaft mit den Nachbarkommunen entstehen.

Dabei bleibt eines unausgesprochen: gezielter Rückbau. Bei der Förderung fossiler Brennstoffe scheint das bereits legitim. Es bräuchte aber viel mehr Forschung und Strategien zur gezielten Verdichtung, beispielsweise der Zwischenstadt, und zum Rückbau anderer Bereiche. Es ist dabei jedoch ebenso wichtig, die Lebensrealitäten anzuerkennen. Wenn man sich etwa aus legitimen, wissenschaftlich fundierten Gründen gegen Eigenheime positioniert, darf man nicht außen vor lassen, dass damit auch ein spezifisches Wohlfahrtsregime und eine individuelle Altersvorsorgepraxis verbunden sind, die nicht so schnell über Bord geworfen werden können. *Just Transition* wäre hier das Stichwort.

MK Die Herausforderung des gerechten Wandels betrifft die Bauwende insgesamt, insbesondere, wenn der Fokus auf den Bestand als Instrument zur Emissionsreduktion gelegt wird: Architects4Future fordern in einem mit GermanZero entwickelten Gesetzesentwurf eine Steigerung der jährlichen energetischen Sanierungsrate von 1 auf 4 Prozent. Katrin, in deiner Forschung beschäftigst du dich mit den Folgen einer nur auf Energieeffizienz fokussierten Politik, die soziale Fragen nicht mitdenkt.

KG Läge der Fokus tatsächlich nur auf der Energieeffizienz, wäre es vielleicht gut. Aber auf dem Markt geht es häufig gar nicht um die energetische Sanierung, sondern um die Aufwertung des Bestands und die Erhöhung der Rendite. Wo tatsächlich Energieeffizienz das Ziel ist, das zeigen zum Beispiel engagierte Genossenschaften, sind die Investitionen auch hoch und die Mieten steigen, aber dort wird zumindest versucht, möglichst wenig soziale Kosten zu verursachen. Auf dem freien Markt ist das Problem meistens die zur Spekulation einladende Modernisierungsumlage. Jede Sanierung, sei sie nun energetisch oder anders, ist eine Aufwertung. Die Verwaltungen denken, dass bei energetischen Sanierungen alle Haushalte frohlocken müssten, weil sie Energiekosten sparen. Aber es ist naiv zu glauben, dass Haushalte, die im untersten Segment des Wohnungsmarktes in unsanierten Wohnhäusern wohnen, über lange Sicht nicht wieder in den schlechten und preiswerten Wohnungsmarktsegmenten landen. Entweder müssen sie nach einer energetischen Sanierung direkt umziehen, weil sie sich die neue, in der Regel deutlich gestiegene Kaltmiete nicht mehr leisten können, oder die Verdrängung passiert indirekt, schleichend über die Jahre. Viele Fördermittel versuchen aber schlicht, das Tempo bei energetischer Sanierung zu erhöhen. Die EU macht immer mehr Tempo mit Programmen wie *Green New Deal*, *Renovation Wave*, *Fit for 55* und so weiter. All diese Pakete sind ökonomische Wachstumspakete, versprechen *green growth*. Doch gerade bei *Fit for 55* gibt es viel Kritik wegen der fehlenden sozialen Instrumente oder Ressourcen.

In diesem Kontext kann das Problem auch nicht mehr unter dem Aspekt der (grünen) Gentrifizierung verstanden werden. Ich glaube ohnehin, dass sich das Konzept der Gentrifizierung

gerade in der Realität überholt. Denn wir reden hier nicht über Quartiere, sondern über ganze Stadtlandschaften, die einer Preissteigerung ausgesetzt sind. Die energetische Sanierung wirkt bisher als ein Segregationstreiber, und wir brauchen schleunigst Wege, das zu bremsen.

FH Was wäre die Alternative?

KG Die Modernisierungsumlage sollte abgeschafft werden. Zuschüsse für energetische Modernisierungen sollten insbesondere an gemeinwohlorientierte Eigentümer vergeben werden, und in Wohnungsmärkten, die kein Selbstläufer sind. In schrumpfenden Regionen sind die Investitionen fast nicht zu schultern, gerade in den sogenannten ländlichen Gebieten, für die vielen Privathaushalte in alten Häusern, die ökonomisch völlig entwertet sind. Dort braucht es den Staat, um diese Sanierungen überhaupt zu fördern. In großstädtischen Wohnungsmärkten braucht es Politikinstrumente, die Spekulationsinvestitionen verhindern. Das beginnt schon damit, dass selten geprüft wird, ob wirklich energetisch saniert wurde. In Berlin – so berichten Kolleg*innen – wird zuweilen einfach Dämmung über Dämmung geklebt. Es reicht zu behaupten, dass eine Sanierung stattgefunden hätte, und die Miete kann erhöht werden.

Lange Jahre hat sich der Staat vor einer engagierten Förderung energetischer Sanierung gedrückt und die Kosten unter dem Schlagwort „Mieter-Vermieter-Dilemma“ von den Mieter*innen zu den Vermieter*innen und wieder zurückgeschoben. Öffentliche Förderung kann man außerdem an die Art der Bewirtung von Wohnraum binden. Die Bindung an eine nicht profitorientierte gemeinnützige, genossenschaftliche, städtische Verwertung von Wohnraum – die ohnehin ausgeweitet werden muss –, wäre für mich auch Fördervoraussetzung für energetische Sanierung.

AN Unser Projekt *The Great Repair* stellt dem Wachstumsparadigma eine Reihe von alternativen Werten entgegen. Dieses Gespräch erscheint in dem Kapitel zum Wert der „Suffizienz“. Inwieweit kann dieser aus eurer Perspektive Orientierung für die anstehenden Transformationen bieten?

KG Viele Ansätze sind auf das Verhalten der einkommensarmen Bevölkerungsgruppen ausgerichtet und sollen ihnen helfen, Energie zu sparen. Unsinn! Diese Gruppen können anderen zeigen, wie Energiesparen geht, denn sie *müssen* es tun. Ob es um Heizenergie, Strom oder Mobilität geht, das untere Einkommensdezil in Deutschland verbraucht ein Minimum und das obere Dezil fast das Vierfache davon. Eine slowenische Kollegin von mir, Lidija Živčič, bezeichnet deshalb „Energiedekadenz“ als das eigentliche Problem. Wenn wir anfangen würden, diese Energiedekadenz durch Steuern deutlich zu verteuern, und damit kaum noch bezahlbar zu machen, wären wir auf einem besseren Weg. Dann könnte man auch einen Grundverbrauch an Energie kostenlos machen und wäre mit einem Schlag die gerade geführte Debatte über komplizierte Entlastungen, die dann doch nicht reichen, und die Ungerechtigkeit der Gießkannen los. Wenn wir über Suffizienz und das Sparen sprechen, sollten wir bei denen anfangen, die das meiste verbrauchen – und nicht immer unten.

ABL Deshalb brauchen wir dringend den Blick auf die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft als Basis für die Debatte um Suffizienz. Dennoch ist genau das, was Katrin gerade beschrieben hat, gängige Praxis. Mir ist auch schon begegnet, dass eine Stadtverwaltung einen Suffizienzratgeber für arme Haushalte herausgegeben hat, mit Fördermitteln publiziert. Etwa mit Tipps zum Energiesparen für die Großwohnsiedlungen einer ostdeutschen Großstadt. Damit wird genau das Narrativ gefüttert, dass das Ökologische zu Lasten der materiell ohnehin Benachteiligten gehen würde. Da gilt es auf jeden Fall umzusteuern.

FH Wenn wir von suffizientem Wohnen sprechen, müssen wir auch von Mobilität sprechen. In wachsenden Städten haben wir ein extrem hohes Aufkommen von Pendelverkehr, was einen hohen Anteil des CO₂-Ausstoßes verursacht. Die meisten sind gezwungen vor der Stadt zu wohnen und zur Arbeit *in* sie einzupendeln. Was würde Suffizienz in diesem Kontext bedeuten?

KG Beim Wohnen kommt alles zusammen: Die Lebenshaltungskosten werden wesentlich über die Wahl des Wohnstandortes bestimmt. In der Regel sind die Wohnkosten fix, bei den Mobilitäts- und Energiekosten hat man einen gewissen Spielraum. Das führt zu einem aus der Armutsforschung bekannten Phänomen: Menschen in prekären Verhältnissen treffen Entscheidungen, die ihren Interessen entgegenstehen. Die Kapazitäten sind so begrenzt und der Handlungsdruck so groß, dass manche Haushalte beispielsweise versuchen, sich von Wohnarmut zu entlasten, dafür aber Energiearmut und Mobilitätsarmut auf sich nehmen und zudem noch in Zeitarmut geraten, weil der Pendelweg so groß wird, dass vom Tag nicht mehr viel und vor allem nichts mehr für persönliche Interessen und soziale Aktivitäten übrigbleibt. Da frage ich mich wieder, was die Aufforderung zur Suffizienz hier zu suchen hat.

ABL Wir haben dafür keine einfachen Lösungen. Einen möglichen Ansatz kennen wir aber schon seit vielen Jahrzehnten: die Stadt der kurzen Wege. Ich denke, dass darin ein Schlüssel für eine Siedlungsentwicklung liegt, die nach menschlichen Bedürfnissen gestaltet ist. Arbeiten, Wohnen und soziale Daseinsvorsorge müssen stärker integriert betrachtet werden, auch siedlungspolitisch. Wie müssten etwa die Infrastrukturen der an der Fünfzehn-Minuten-Stadt orientierten Zwischenstadt gebaut sein, damit es weniger Verkehr gibt? Das kann über den Umweg der Suffizienz gehen. Suffizienz hat gegenüber Postwachstum den Vorteil, dass es schon weitaus stärker in der Praxis angekommen ist. Es gibt große Akteur*innen in der Stadtentwicklung, die Erfahrungen gesammelt und Studien gemacht haben. Suffizienz kann man aber nicht einer Einzelperson zur Aufgabe machen und darum geht es auch nicht. Suffizienz ist aus meiner Perspektive ein Konzept für die Politik und die Planung und nicht für das Individuum. Auch die Menschen in Kopenhagen nutzen nicht das Rad, weil sie ein stärkeres grünes Gewissen haben, sondern einfach, weil die materiellen Infrastrukturen – Radwege, Radparkhäuser, und so weiter – dafür sicher und komfortabel sind.

FH Bezahlbarer Wohnraum muss dort geschaffen werden, wo die Menschen das Recht auf Stadt einfordern. Die Bundesregierung möchte in einer Wohnbauoffensive 400.000 neue Wohnungen pro Jahr errichten. Diese werden zwangsläufig mehr Emissionen verursachen und vermutlich eher nicht im Bestand, sondern auf neu versiegeltem Boden gebaut werden. Wie siehst du das aus einer Postwachstumsperspektive: Handelt es sich hier um einen Konflikt zwischen Sozialem und Ökologischem, Anton?

ABL Wir kommen wohl um ein Neubaumoratorium nicht herum. Zumindest brauchen wir eine gesellschaftliche Debatte darüber. Letztendlich sind 400.000 neue Wohnungen pro Jahr nicht realisierbar, was schon das Ende des Baubooms durch die sich ab-

zeichnende Rezession in diesem Sektor deutlich macht. Das zentralere Argument ist aber, dass wir uns das Neubauprogramm aus einer planetaren, klimawissenschaftlich informierten Perspektive gar nicht leisten können.

Aus sozialer Sicht ist es auch gar nicht nötig. Der individuelle Wohnflächenkonsum hat sich seit den 1960er-Jahren in Westdeutschland fast verdoppelt. Das ist der Punkt, an dem wir primär ansetzen müssen. Auf einem räumlich begrenzten Planeten ist es unmöglich, seine individuelle Wohnfläche immer weiter zu steigern. Was Katrin beim Energieverbrauch angesprochen hat, gilt auch für die Verteilung von Wohnfläche nach Einkommensgruppen: Ein gesundes Mittelmaß wäre für den Planeten verträglich, aber die Zunahme an Wohnfläche insbesondere durch den überdurchschnittlichen Verbrauch der oberen zehn Prozent geht zu Lasten der Allgemeinheit. Wenn wir also über Wohnflächensuffizienz sprechen, müssen wir fragen, wie diese jetzt verteilt ist. Wer lebt in überbelegten Wohnungen unter der Armutsgrenze und kann definitiv nicht an Wohnfläche sparen? Wer lebt alleine auf 150 Quadratmetern und kann sich horrend Heizkosten leisten? Um eine staatliche Umverteilungspolitik mit Hilfe von Steuern kommen wir nicht herum.

Wenn aber doch gebaut werden soll, könnte dies in einem Moratorium mitverhandelt werden. Es müsste ausschließlich bezahlbarer Wohnraum sein, der durch das Trägermodell abgesichert ist: entweder durch Genossenschaften, Syndikate oder Projekte, die nicht durch privatisierten Wohnraum Vermögenszuwächse generieren. Momentan wird überall völlig an der Nachfrage vorbei hochpreisiger Wohnraum gebaut. Unter dem Deckmantel der Erzählung, dass mehr Neubau das Wohnen insgesamt bezahlbarer machen würde, wird hier Soziales gegen Ökologie ausgespielt. Aber der Widerspruch kann meiner Ansicht durch langfristig ausgerichtete Politik und Planung aufgelöst werden.

Zusätzlich muss die Bauwirtschaft zu einer Umbauwirtschaft werden. Wohnungsbau ist enorm träge. Etwa 80 Prozent der Wohngebäude in Deutschland sind älter als 30 Jahre. Wir bekommen den Wohnraum gar nicht so schnell bezahlbar, wie wir ihn nachbauen könnten, auch wenn wir uns entscheiden würden, ab jetzt nur sozialen Wohnungsbau zu erstellen. Daher glaube ich, liegt die Lösung im Bestand, im Um- und Weiterbau bestehender Infrastrukturen. Die Veränderungen der Arbeit durch die Coronapandemie weisen etwa schon darauf voraus, dass in kommenden Jahren auch in Innenstadtlagen große Büroflächen leer stehen werden. Wir brauchen tragfähige Konzepte, wie diese als Wohnraum umgenutzt werden könnten. Wir brauchen darüber hinaus, und das mag trivialer klingen als die Realisierung dann tatsächlich wird, mehr geteilte Infrastrukturen und Treffpunkte als Orte der Gemeinschaft in Stadträumen. „Mehr öffentlicher als privater Luxus“ – das könnte aus Suffizienzperspektive ein sinnvoller Slogan sein.

KG Die ungleiche Wohnflächenverteilung wird teilweise auch durch den angespannten Wohnungsmarkt verursacht, zum Beispiel durch den Remanenzeffekt: Rentner*innen bleiben in Vier-Zimmer-Wohnungen wohnen, obwohl sie diese haushälterisch nicht mehr bewirtschaften können, weil eine neu angemietete kleinere Wohnung noch teurer ist. Preissteigerungen führen also zu einem „Lock-in“. Dem ist auch nicht mit den bisherigen Modellen des sozialen Wohnungsbaus beizukommen, den Andrej Holm zu Recht als eine Wirtschaftsförderung für private Bauherren mit sozialer Zwischennutzung bezeichnet. Wohnen ist ein derart basales Gut, dass es nicht in die Hand des Marktes gehört. Es muss genauso wie Energie Teil des Sozialvertrags sein. Der Staat wird als regelnde Instanz anerkannt und übernimmt im Gegenzug die Verantwortung für die Grundbedürfnisse. Bei der Bildung wird das

bereits umgesetzt, doch auch für Wohnen und für Energie müsste der Staat eine Grundversorgung übernehmen, die eine würdige Teilhabe an dieser Gesellschaft ermöglicht. Also entweder zu einem bezahlbaren Preis oder in einer Basisversorgung auch kostenlos, eben wie bei der Bildung. Alles, was darüber hinausgeht, darf gerne viel kosten – da sind wir wieder beim Stichwort Dekadenz.

Ein Neubauprogramm ist hingegen nur eine Reparatur innerhalb eines Systems, das weder sozial noch ökologisch ist. Doch die enormen Schiefen, die der Markt produziert, werden bisher selten infrage gestellt. Vor allem auch nicht unter dem Leitbild der nachhaltigen Stadt, das schon vor Jahrzehnten eingeführt wurde, aber überhaupt nichts verändert hat.

MK Warum hat es deiner Ansicht nach so wenig bewirkt?
KG Weil das Primat der Ökonomie nicht angetastet wird. Das Postulat der Nachhaltigkeit hat lediglich zu Allianzen zwischen ökologischen und ökonomischen Bestrebungen geführt, zu Illusionen von einem „grünen Wachstum“, das dann allen Wohlstand verschaffe. Ökologie und Soziales wirklich zusammenzudenken, damit sind wir noch ganz am Anfang. Dann müssten wir die Ökonomie auf ihren Platz verweisen als ein Mittel zum Zweck, nicht als Selbstzweck. Ökonomische Prosperität kann kein normatives gesellschaftliches Ziel sein. Die Ökonomie kann lediglich ein Werkzeug sein, um eine soziale und ökologische Gesellschaft zu erreichen.

AN Im Kern der Postwachstumsdebatte steht die Überlegung, dass es nicht allein um „Weniger ist Mehr“ geht, sondern um eine selektive Schrumpfung – und zugleich um ein selektives Wachstum bestimmter Gesellschaftsbereiche, die sogar noch gestärkt werden oder prosperieren sollten.

ABL Es gibt keine empirische Evidenz dafür, dass wir unser Wohlstandsmodell von Ressourcenverbrauch und Wachstum selbst entkoppeln könnten. Der Philosoph Frank Martela hat treffend formuliert, was wir stattdessen erfolgreich voneinander entkoppelt haben; das Wirtschaftswachstum und die Lebenszufriedenheit eines Großteils der Gesellschaft. Deshalb müssen die Wirtschaftszweige, die besonders für Umweltschäden oder soziale Ungerechtigkeit verantwortlich sind, selektiv geschrumpft und ihrer Privilegien beraubt werden. Was wir als Gesellschaft lebensdienlich finden, und was zerstörerisch ist, sowohl für die sozialen Fundamente unserer Gesellschaft als auch die planetaren Grenzen, ist einerseits eine Frage für die Wissenschaft, aber sie ist immer auch eine Setzung in einem politischen Diskurs. Doch wer hat momentan welches Gewicht in diesem Diskurs? Es ist eine Illusion, von einem deliberativen Politikmodell auszugehen, also von der Vorstellung, dass wir uns in einem faktisch herrschaftsfreien Raum befänden. Deshalb braucht eine Postwachstumsvision, auch im Sinne dessen, was noch reparabel ist, zwingend eine Demokratisierung. Wir müssen über radikale, direkte Demokratie und lokal gebundene demokratische Institutionen sprechen.

Es braucht außerdem andere Indikatoren und Maßgaben. Für Städte kann hier beispielsweise das Donut-Modell eine Orientierung bieten, das die Wirtschaftswissenschaftlerin Kate Raworth entwickelt hat. Statt auf ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes zielt die Donut-Ökonomie auf die Einhaltung planetarer ökologischer Grenzen bei gleichzeitiger Sicherung menschlicher Grundbedürfnisse. Diese beiden Grenzen markieren in Form eines Donuts einen Bereich, in dem wirtschaftliches Handeln stattfinden sollte. Städte wie Amsterdam und Berlin, aber auch Länder wie Schottland und Wales erproben schon länger, wie das funktionieren könnte. Wie am Beispiel von Kopenhagen zuvor schon beschrieben, ist es zentral, dabei auch die immensen externen Kosten in das Wohlstandsmodell der Stadt zu integrieren.

AN In diesem Heft gibt es auch Beiträge zum Schlagwort der Reparation, etwa ein Interview mit dem politischen Philosophen Olúfemi O. Táiwò. Inwiefern kann es unter einer Postwachstumsperspektive darum gehen, nicht nur heute vom Wachstum abzuweichen, sondern auch die Schäden zu reparieren, die der Globale Norden durch sein Wachstumsstreben anderswo verursacht hat?

KG Zwischen Globalem Norden und Süden leuchtet die Frage nach Wiedergutmachung unmittelbar ein. Was das konkret bedeutet, dafür gibt es andere Expert*innen als mich. Für die Energiepolitik oder für Kommunen vor Ort konnte ich noch bis vor kurzem wenig damit anfangen. Aber auf einer Exkursion im mitteldeutschen Braunkohlerevier bei Halle und Leipzig fiel es mir plötzlich wie Schuppen von den Augen. Ich war überrascht zu hören, dass für Menschen, die durch den Braunkohleabbau verdrängt und umgesiedelt wurden, der Gedanke gar nicht präsent ist, dass ihnen etwas genommen wurde, für das sie einen Anspruch auf Entschädigung hätten. Dabei haben sie ihre Heimat verloren. Stattdessen hängt man an der Kohle und dem Tagebau als Identitätsanker. Ein 80-jähriger Mann im Altersheim erzählte mir und meinen Studierenden: „Ich bin Bergmann. Wer ist mehr?“ Selbst mit den nachfolgenden Unternehmen identifizieren sich die Menschen, obwohl sie heute in einem anderen wirtschaftlichen Kontext stehen und nicht mehr das sind, was sie zu DDR-Zeiten als Ingenieur*innen aufgebaut haben. Die Frage, was die auf fossilen Brennstoffen basierende Industrialisierung auch hier kaputtgemacht hat und was das im globalen Maßstab bedeutet, ist nicht banal. Die Diskussion darüber ruft bisher jedoch eine große Abwehr hervor. Es werden zwar Gerechtigkeitsfragen gestellt, die sind aber auf Verteilung von Ressourcen und auf Anerkennung im Heute gerichtet.

ABL Das ist ein interessanter Impuls, der die *Just-Transition*-Debatte auf eine neue Ebene hebt. In Bezug auf Reparation glaube ich, dass der Globale Norden materiell einiges wiedergutzumachen hat. Aber das Immaterielle, das Wissen, das im Globalen Süden durch koloniale Strukturen zerstört wurde, wiegt noch schwerer und ist auch noch schwerer zu fassen. Die imperiale Produktions- und Lebensweise und die kapitalistische Logik, die überallhin als „Fortschritt“ exportiert und aufgezwungen wurden, haben immensen Schaden angerichtet und heizen dieses zerstörerische System noch weiter an. Eine Selbstreflexion über die eigene Verantwortung in diesem System ist der Anfang jeder Wiedergutmachung. Diese Diskussion muss jedoch jede Disziplin für sich führen. Hier möchte ich nicht auf einer abstrakten Wir-Ebene sprechen, weil darin bereits die Frage steckt, welche Privilegien man selbst hat. Für mich persönlich ziehe ich daraus den Schluss, diese Logiken zu kritisieren, offenzulegen und an Alternativen zu feilen. Es geht etwa bei der Debatte um die Postwachstumsstadt nicht darum, wieder ein Exportmodell für die ganze Welt zu entwickeln, sondern kritisch und selbstreflexiv die gesellschaftlichen Dynamiken hierzulande zu hinterfragen. Es braucht in den Herzkammern des Systems ein wirkliches Umdenken und Umsteuern, und zwar so schnell wie möglich.



Kate Raworths „Donut-Modell“ für eine regenerative und distributive Wirtschaft. Dabei sollen weder ökologische Grenzen überschritten noch soziale Grenzen unterschritten werden.



Beim Umbau eines Lebensmittel-Verteilungszentrums 2021 in Basel zum ELYS Kultur- und Gewerbehaus entstand eine neue große Fassadenfläche. Das Baubüro in situ fragte dafür im Umkreis von rund 100 Kilometern Fensterproduzenten nach „Lagerfenstern“ an. So konnten 200 neuwertige Fenster eingebaut werden, die aufgrund von Überproduktion oder Fehlbestellungen bei den Firmen lagerten und sonst aus Platzgründen entsorgt worden wären.